

Zeitschrift: ASMZ : Sicherheit Schweiz : Allgemeine schweizerische
Militärzeitschrift

Herausgeber: Schweizerische Offiziersgesellschaft

Band: 177 (2011)

Heft: 1-2

Rubrik: Internationale Nachrichten

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

Download PDF: 01.05.2026

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

Schweden

Zur Reform der schwedischen Streitkräfte

(Abschaffung der Wehrpflicht)

Die im Verlaufe des Jahres 2010 beschlossene Reform der schwedischen Armee basiert im Wesentlichen auf einer veränderten Bedrohungseinschätzung. Demnach besteht für Schweden künftig keine direkte Invasionsgefahr mehr, womit die bisherige Territorialverteidigung aufgegeben und durch ein verstärktes militäri-



Priorität liegt bei mobilen und leicht dislozierbaren Truppen.

Bild: S Min Def

sches Engagement im regionalen und internationalen Rahmen ersetzt werden soll. Gemäss schwedischer Einschätzung können künftige Risiken und Gefahren nur noch im

multinationalen Rahmen erfolgreich bekämpft werden.

Gemäss Planung soll die schwedische Armee im Jahre 2014 noch über rund 50 000 Berufs- und Zeitsoldaten verfügen. Von den bisher 13 vorhandenen Brigaden des Heeres werden sieben aufgelöst. Gleichzeitig werden sechs modular aufgebaute Kampfeinheiten (Modular Battle Units – MBU) gebildet, die je über mindestens ein modern ausgerüstetes, mechanisiertes Infanteriebataillon verfügen. Die Truppen sollen leicht dislozierbar sein und werden aufgabenspezifisch strukturiert und modern bewaffnet. Für den Einsatz werden die MBU's je nach Bedarf mit Führungs-, Unterstützungs- und logistischen Elementen bestückt. Insgesamt werden dazu 14 unterschiedliche Bataillone mit entsprechenden Führungs- und Unterstützungstruppen aufgestellt und ausgebildet, so dass jederzeit Teile davon in den MBU's modular integriert eingesetzt werden können. Für multinationale Friedensmissionen werden künftig ständig zwei Bataillone bereit gehalten.

Ab Frühjahr 2011 soll auch die «Nordic Brigade» (NBS) endgültig einsatzbereit sein, die als Teil der EU-Eingreifkräfte (EU Battle Groups) als Schnelle Einsatztruppe zur Verfügung steht. Dieser Verband mit einem Bestand von über 2000 Soldaten steht unter schwedischer Führung; nebst schwedischen sind auch finnische und norwegische Einheiten sowie kleine Spezialkontingente aus Estland und Irland daran beteiligt. Schweden verfügt seit Jahren über umfangreiche Beziehungen zur NATO und hat bei seinen Truppen bereits heute weitgehend die NATO-Standards eingeführt. Schwerpunkte der Zusammenarbeit sind u.a. die Ausbildungs- und logistische Unterstützung von Truppen der baltischen Staaten, Teilnahme an NATO-Operationen (z.B. ISAF in Afghanistan) sowie die Kooperation mit NATO-Luftstreitkräften bei der See- und Luftraumüberwachung über Nordeuropa. Wie das schwedische Beispiel zeigt, ist die Vollmitgliedschaft in der NATO nicht zwingend notwendig, wenn Staaten im Hinblick auf

das veränderte sicherheitspolitische Umfeld eine sinnvolle Rolle spielen wollen.

Mitte 2010 ist in Schweden die seit einiger Zeit eingeleitete Abschaffung der Wehrpflicht Tatsache geworden. Ausser in



Mech Infanterie mit Spz CV-90.

Bild: S Min Def

Krisenzeiten kann künftig niemand mehr unfreiwillig zum Militärdienst aufgeboten werden. Die schwedische Armee rechnet ab 2011 mit einem jährlichen Bedarf von 4000 bis 6000 Soldaten und Soldatinnen, wobei ein Drittel davon jeweils als Milizionär in den Dienst treten soll. Die Grundausbildung für die Freiwilligen wird drei Monate dauern; mit dem Dienstbeginn verpflichten sich die Soldaten automatisch, dass sie bei Bedarf auch für Auslandseinsätze zur Verfügung stehen.

Schweden

Evaluation eines neuen Radschützenpanzers

Die schwedische Armee hat einen dringenden Bedarf an gepanzerten Fahrzeugen, die einerseits für Auslandseinsätze, andererseits aber auch für die neu aufgestellte «Nordic Brigade» benötigt werden. Nach einem aufwändigen Test- und Auswahlverfahren hat die schwedische Beschaffungsbehörde FMV im Herbst 2010 zum wiederholten Mal das AMV (Armoured Modular Vehicle) zur Beschaffung vorgeschlagen. Das von den finnischen Fahrzeugwerken Patria produzierte AMV hat sich dabei gegen den in Schweden hergestellten Radschützenpanzer SEP

(Splitterskyddad Enhets Plattform) durchgesetzt, der von BAE Hägglunds primär für den schwedischen Markt entwickelt worden ist. Hägglunds hatte vor einiger Zeit gegen diesen Entscheid protestiert und darauf einen neuen Wettbewerb zwischen

AMV (Finnland), dem schwedischen SEP, dem VBCI des französischen Herstellers Nexter und dem deutschen «Boxer» erwirkt. Trotzdem dürfte sich die Auftragserteilung weiter verzögern, weil bezüglich der Entscheidung wiederum rechtliche



Radschützenpanzer AMV bei polnischen Truppen in Afghanistan. Bild: ISAF

Bedenken vorgebracht worden sind. Vorgesehen ist die Einführung von 113 gepanzerten Radschützenpanzern unterschiedlicher Versionen im Umfang von rund 260 Mio. Euro. Sollten sich die rechtlichen Probleme in nächster Zeit ausräumen lassen, so ist mit einem Beginn der Auslieferung im Jahre 2012 zu rechnen. Bis 2015 sollten dann alle Fahrzeuge bei den neu strukturierten schwedischen Truppen eingeführt sein. Die neu zu beschaffenden Radschützenpanzer werden zusammen mit den bereits vorhandenen Kampfschützenpanzern CV-90 künftig das Rückgrat der schwedischen mechanisierten Infanterie bilden.

Grossbritannien

Zu den Kürzungen im Verteidigungsbereich

Grossbritannien wird in den nächsten Jahren seine Militärausgaben um fast acht Prozent kürzen; dies kündigte der konservative Premier David Cameron Ende Oktober 2010 an. Trotzdem soll England ein verlässlicher Verteidigungspartner sowohl für die USA als auch der NATO bleiben. Vielmehr will die neue Koalitionsregierung im Verteidigungsbereich einen strategischen Wechsel vollziehen, d.h. weg von der bisher praktizierten konventionellen Kriegführung hin zur Krisenprävention und zu verbesserten Einsatzfähigkeiten gegen asymmetrische Bedrohungen. Gleichzeitig soll die militärische Kooperation mit Partnerstaaten vor allem im europäischen Bereich ausgebaut werden.

Unterdessen ist bekannt geworden, dass innerhalb des Verteidigungsministeriums 25 000 zivile Stellen gestrichen werden. Die britische Armee wird um 7000 Soldaten, die Luftwaffe und die Marine werden um je 5000 Soldaten verkleinert. Zudem sollen die über 20 000 noch in Deutschland stationierten Soldaten der britischen Rheinarmee bis 2020 nach Grossbritannien zurückkehren; der Hauptteil davon schon bis

2015. Die innerhalb der konservativ-liberalen Koalition umstrittene Erneuerung der «Trident»-Atomwaffen wird um fünf Jahre hinausgeschoben. Aus Kostenspargründen wird zudem im Nuklearbereich eine Kooperation mit Frankreich eingegangen. Bekanntgegeben wurde auch die sofortige Ausserdienststellung des grössten britischen Flugzeugträgers «Ark Royal» mitsamt der zugehörigen «Harrier»-Flotte. Zwei bereits im Bau befindliche, mindestens sechs Mrd. Pfund teure Flugzeugträger werden zwar mit Verzögerung fertiggestellt, mindestens einer davon soll aber nur als Helikopterträger genutzt werden. Der zweite neue Träger wird gemäss Planung erst 2020 in Dienst gestellt, wobei auf diesem nicht wie bisher geplant Kampfflugzeuge F-35B (mit STOLV-Fähigkeit), son-

dern günstigere F-35C stationiert werden sollen. Gleichzeitig wird die Beschaffungszahl für die aus den USA gelieferten F-35C von bisher geplanten 138 Flugzeugen um die Hälfte oder gar zwei Drittel gekürzt. Beschlossen wurde unterdessen auch der schrittweise Abbau der «Tornado»-Flotte. Die Royal Air Force wird somit ab 2020 vermutlich nur noch über zwei Kampfflugzeugtypen, nämlich den Eurofighter «Typhoon» und den F-35C «Lightning II» verfügen. Der Gesamtbestand an Kampfflugzeugen wird dadurch unter 200 Maschinen sinken. Mit dem massiven Abbau bei den britischen Luftstreitkräften ist auch die Schliessung diverser Stützpunkte verbunden.

Bei der British Army sollen neben einer Reduzierung um 7000 Soldaten vor allem die Bestände bei den schweren Waf-

fensystemen (Kampfpanzer und Artilleriegeschütze) um etwa 40 Prozent abgebaut werden. Vorerst nicht betroffen sind die geplanten Beschaffungen, die zur



Alle «Harrier»-Kampfflugzeuge werden in diesem Jahr ausser Dienst gestellt. Bild: RAF

dringenden Ausrüstung der britischen Einsatzkräfte in Afghanistan benötigt werden; nebst der laufenden Zuführung geschützter Fahrzeuge handelt es sich dabei um neue Aufklärungsdrohnen, Mittel zur Bekämpfung von Sprengfallen sowie die neue Infanterieausrüstung. Unterdessen wird sowohl von der politischen als militärischen Führung immer wieder darauf hingewiesen, dass im Zuge der laufenden Sparmassnahmen auch eine Neuausrichtung der Streitkräfte auf die aktuellen Bedrohungen vorgenommen wird. In diesem Zusammenhang sind denn auch bereits 500 Mio. Pfund zusätzliche Mittel in die Einrichtung eines neuen Zentrums zur Abwehr von Cyber-Attacken bewilligt worden.



Modernisierung der britischen Einsatzkräfte (Bild: Spz. «Warrior») wird fortgesetzt. Bild: ISAF

Deutschland

Probleme mit dem Informatik-Projekt «Herkules»

«Herkules» ist ein IT-Projekt der Bundeswehr mit dem Ziel, die im BMVg genutzten Informatik-Anwendungen zu vereinheitlichen. Ursprünglich war geplant, bis 2015 alle Bundeswehrstandorte mit neuer Informatik auszustatten und im Laufe von zehn Jahren insgesamt 140 000 Computerarbeitsplätze auf einer gemeinsamen Systembasis einzurichten. Bereits vor

einiger Zeit hat der Haushaltsausschuss des deutschen Bundestages beanstandet, dass finanzielle Mehraufwendungen und massive Verzögerungen bei dem Projekt erkennbar sind. Bereits heute steht fest, dass die notwendigen Netze statt Ende 2010 erst Mitte 2012 zur Verfügung stehen werden. Unterdessen beschäftigt sich auch der Bundesrechnungshof (BRH) mit den Problemen von «Herkules». Der BRH hat festgestellt, dass die eigens für das

Projekt «Herkules» gegründete IT-Gesellschaft der Bundeswehr nicht über die notwendigen fachlichen Kompetenzen verfüge und somit die Erwartungen der Nutzer gar nicht erfüllen könne. Unterdessen hat der Bundesrechnungshof auf weitere finanzielle Risiken über den vom BMVg zuletzt mit 640 Mio. Euro bezifferten Mehrbedarf hinaus hingewiesen. Welche Konsequenzen sich aus dieser Situation ergeben, liess das Verteidigungsministerium bis-

her offen. Der Haushaltsausschuss hat nun das BMVg aufgefordert, im Hinblick auf notwendige Leistungen an die Wirtschaft zu vergeben, statt Nachbesserungen durch die IT-Gesellschaft selber zu verlangen. Der BRH empfiehlt seinerseits die Anforderungen an den IT-Basischutz zu überprüfen und daraus resultierende Konsequenzen auf das Gesamtprojekt «Herkules» zu identifizieren und zu bewerten.

Deutschland

Materielle Verbesserungen bei den Einsatzkräften

Der deutsche Bundestag hat den Planungen des BMVg zugestimmt und weitere Verbesserungen bei Bewaffnung und Ausrüstung der in Afghanistan eingesetzten Truppen zugestimmt. Im Vordergrund



Notwendige Schutzverbesserungen am Spz. «Fuchs» (Bild: Störpanzer «Hummel»). Bild: ISAF

steht dabei die weitere Zuführung moderner geschützter Fahrzeuge wie «Eagle IV» von Mowag, von Mehrzweckfahrzeugen «Dingo 1 und 2» sowie «Yak» und «BAT» (Beweglicher Arzttrupp). Daneben sollen auch die veralteten Mannschaftstransportpanzer «Fuchs» kampfwertgesteigert werden und die in Afghanistan eingesetzten Aufklärungsfahrzeuge «Fennek» sollen Zusatzpanzerungen erhalten. Die ersten 65 der 134 Radschützenpanzer «Fuchs» sollen bis Mitte 2011 auf die minengeschützte Version 1A8 kampfwertgesteigert werden. Daneben sollen auch 35 Kampf-schützenpanzer «Marder» mo-

difiziert und mit Klimaanlage sowie Störsendern gegen Sprengfallen (IEDs) versehen werden. Kurzfristig beschafft werden auch rund 21 Mio. Patronen Hartkernmunition der Kaliber 5,56 und 7,62 mm. Die Einsatzerfahrungen in Afghanistan sollen gezeigt haben, dass die bisher verwendete Doppelkernmunition des Gewehrs G-36 eine mangelhafte Stoppwirkung hat. Die gegnerischen Kräfte sollen dabei trotz mehrfacher Treffer häufig nicht sofort kampfunfähig gewesen sein. Für 2011 wurde zudem ein höherer Munitionsbedarf eingeplant. Grund hierfür seien der steigende Munitionsverbrauch im Einsatz und das neue Schiessausbildungskonzept. Der Krieg in Afghanistan erfordere von den Soldaten ausgeprägtere Schiessfertigkeiten; dazu zählt insbesondere das Feuern aus kurzer Distanz in Ortschaften sowie das Schiessen von oder aus Fahrzeugen in Bewegung. Sorgen bereitet den deutschen Truppen im Weiteren das rechtzeitige Aufklären und Räumen von Kampfmitteln und IEDs. Aufgrund der Notwendigkeit, diese Fähigkeitslücke schnellstmöglich zu reduzieren, wird parallel zum Rüstungsprojekt KARS (Kampfmittel Aufklärungs- und Räumsystem) eine kurzfristig nationale Realisierungsmöglichkeit von Detektions- und Räumgeräten verfolgt.

Deutschland

Heeresflugabwehr wird aufgelöst

Im Zusammenhang mit der Reform der deutschen Bundeswehr sind bereits erste Entscheidungen getroffen worden. Die Heeresflugabwehr (HFla) wird aufgelöst und die Aufgaben und Mittel des Luftraumschutzes bereits ab 2012 vollumfänglich der Luftwaffe übertragen. Aus Spargründen sind die 91 Flak-Panzer des Typs «Gepard 1A2» bereits Ende 2010 ausgemustert worden. Die leichten Flak Systeme «Ozelot», die erst ab dem Jahre 2001 eingeführt worden sind, werden voraussichtlich ab 2012 ausser Dienst gestellt. Tatsache ist, dass in den aktuellen



Feldlagerschutzsystem NBS C-RAM kommt in Afghanistan zum Einsatz. Bild: Bundeswehr

Einsatzgebieten (Kosovo, Afghanistan) keine Bedrohung durch feindliche Luftfahrzeuge (Flugzeuge und Helikopter) mehr besteht. Eine zunehmende Gefahr für Truppen und Feldlager ist aber der feindliche Beschuss mit un gelenkten Raketen und mit Granaten aus Minenwerfern

oder Geschützen. Darum sollen die derzeit in Einführung stehenden Feldlagerschutzsysteme NBS C-RAM zusammen mit den entsprechenden Truppen durch die Luftwaffe übernommen werden. Die Zuständigkeit für diese Systeme, die Ausbildung der entsprechenden Truppe sowie deren Einsatz in Krisenregionen (z.B. Schutz des Feldlagers in Kunduz) soll bereits in diesem Jahr an die Luftwaffe übertragen werden. Noch unklar ist die Zukunft der bisher von der HFla eingesetzten Sensoren LÜR (Luftraumüberwachungsradar) und NBR (Nahbereichsradar), die zur Überwachung des Luftraumes im Umkreis von Truppenstandorten eingesetzt werden. In Frage gestellt wird auch das in den letzten Jahren von der HFla projektierte «System Flugabwehr» (SYS FLA). Die Luftwaffe dürfte aber kaum Interesse haben, dieses ambitionöse Projekt umzusetzen, da sie bereits selber personelle und materielle Kürzungen hinnehmen muss. Mit der Auflösung der HFla wird beim deutschen Heer die Notwendigkeit eines künftigen Schutzes gegen Luftangriffe in Frage gestellt. Auf Grund der aktuellen Beurteilung im Zusammenhang mit der neuen Bundeswehrreform rechnet Deutschland in absehbarer Zeit nicht mehr mit einer Bedrohung durch konventionelle Luftstreitkräfte.

Frankreich

«Rafale» hat nukleare Einsatzrolle übernommen

Seit Sommer 2010 stehen bei den französischen Streitkräften die ersten Kampfflugzeuge «Rafale F3» für nukleare Einsätze zur Verfügung. Offiziell wurden die ersten dieser Kampfflugzeuge am 1. Juli

2010 auf dem Luftwaffenstützpunkt 113 in Saint-Dizier mit der nuklearen Rolle beauftragt. Beim «Rafale F3» ist unter dem Rumpf eine mit nuklearem Gefechtskopf versehene Boden-Luft Lenkwaffe «ASMP-A» (Air-Sol Moyenne Portée) montiert, die von MBDA (früher Aérospatiale)

hergestellt werden. Nach dem Abschluss der Lenkwaffe vom Flugzeug übernimmt ein Feststoffbooster die erste Flugphase bis ausreichend Staudruck für das Marschtriebwerk aufgebaut worden ist. Der nuklear bestückte Flugkörper hat eine maximale Reichweite von rund 500 km. Die Treffgenau-

igkeit der neusten A-Version wird mit unter 30 Metern angegeben. Die Sprengkraft des Gefechtskopfes soll zwischen 100 und 300 KT liegen. Die Lenkwaffen ASMP-A wurden in den letzten Jahren auf dem Stützpunkt Istres durch die bisherigen Trägerflugzeuge «Mirage 2000N» eingeführt und



«Rafale F3» mit Lenkwaffe ASMP-A unter dem Rumpf.

Bild: armée de l'air

getestet. Die neue Lenkwaffe mit dem neuen Gefechtskopf und der Bezeichnung ASMP-

TNA (Air-Sol Moyenne Portée Tête Nucléaire Aéroportée) wird durch ein Strahltriebwerk angetrieben. Ende dieses Jahres sollen insgesamt 79 ASMP-A und 47 neue TNA ausgeliefert sein. Weiterhin wird auch eine Staffel «Mirage 2000N» für den Nuklear-einsatz zur Verfügung stehen. Bisher sind die «Rafale» der Marine noch nicht für den Einsatz mit Nuklearwaffen zertifiziert worden.

USA



Auftanken einer Langzeitdrohne «Global Hawk».

Bild: Nasa

Entwicklung einer Langzeit-Aufklärungsdrohne

Die US-Technologiebehörde DARPA (Defense Advanced Research Projects Agency) will ein UAV (Unmanned Aerial Vehicle) entwickeln lassen, das befähigt sein soll, über einige Jahre ununterbrochen in der Luft zu bleiben. Der Projektname dieses unbemannten Aufklärungsflugzeuges ist «Vulture» (Very high altitude, ultraendurance, loitering theater unmanned reconnaissance element). Der für eine Flughöhe von 19 bis 28 Kilometern vorgesehene Flugkörper ist primär für Aufklärungs- und Überwachungsmissionen gedacht, beispielsweise zur Überwachung der Einhaltung von Rüstungskontrollvereinbarungen oder zur Verfolgung von Entwicklungen im Bereich der Proliferation. «Vulture» soll Gebiete in der Dimension ganzer Staaten erfassen und ohne Begrenzung von einer Weltregion in die nächste fliegen können. Laut DARPA soll das UAV in vielerlei Hinsicht die Arbeit eines

Satelliten leisten, etwa durch die Funktionalität als regionales Kommunikationsrelais zur Flexibilisierung von Kommunikationsstrukturen. Die strategisch einsetzbare «Vulture» soll zudem die Kapazitäten der heute im Einsatz stehenden «Global Hawk» merklich ausbauen.

Die Entwicklungsvorgaben sind u.a. eine permanente Flugeschwindigkeit von mindestens 115 km/h mit entsprechender Flugstabilität sowie eine unabhängige und möglichst selbsterneuernde Energiequelle. Im Vordergrund soll dabei die Nutzung von Solarenergie stehen. Die auf langjährige Dauerbelastbarkeit ohne Wartung ausgerichteten Anforderungen machen eine besondere Robustheit erforderlich, da alleine schon die Temperaturen in den vorgesehenen Einsatzhöhen -50 Grad und mehr betragen. Im Rennen um den lukrativen Auftrag in der ersten Programmphase sind die drei Flugzeughersteller Aurora Flight Sciences (AFS), Boeing und Lockheed Martin.

Russland

Keine Lieferung von S-300-Systemen an den Iran

Russland soll nicht zuletzt auf Druck der USA und Israels den im Jahre 2005 abgeschlossenen Vertrag zur Lieferung von Luftverteidigungssystemen S-300 PMU-1 an den Iran annulliert haben (siehe auch ASMZ Nr. 10/2010, Seite 41). Dies bestätigte unterdessen auch das russische Verteidigungsministerium. Beim damals abgeschlossenen Vertrag im Umfang von rund 800 Mio. US Dollar war die Lieferung diverser Komponenten einer verbesserten Version der S-300 vorgesehen, wobei Teheran bereits Vorauszahlungen von etwa 166 Mio. US Dollar gemacht haben soll. Iran wollte offensichtlich mit diesen Abwehrsystemen einen operativen Schutzschild um seine Nukleareinrichtungen aufbauen, um bei einem möglichen amerikanischen und/oder israelischen Luftangriff gewappnet zu sein. Die iranische Führung hat auf die Annullierung verärgert reagiert und einmal mehr die USA dafür verantwortlich gemacht. Der Iran will nun nach eigenen Angaben ähnliche Luftabwehrsysteme aus einheimischer Produktion in Dienst stellen. Entsprechende Entwicklungen seien bereits im Gange, wobei

teilweise auf der S-300-Technologie basiert werden könne. Von Russland wird die Lieferung von Ersatztechnologien für die bereits geleisteten Zahlungen verlangt.

Gemäss noch unbestätigten Berichten will nun Venezuela von Russland die für den Iran vorgesehenen Systeme S-300 PMU-1 kaufen. Dies hat Präsident Hugo Chavez Ende Oktober 2010 bekannt gegeben. Dabei geht es angeblich um den Kauf von fünf Abschuss-systemen mit den entsprechenden Radar- und logistischen Komponenten. Der Export der S-300 soll allerdings nicht Teil des Rüstungsliefervertrages sein, der im September 2009 zwischen Russland und Venezuela abgeschlossen worden ist. Dieser hat einen Umfang von rund 2,2 Mrd. US Dollar und beinhaltet neben der Lieferung von Kampf-flugzeugen, Helikoptern und Kampffahrzeugen auch mobile Flabsysteme vom Typ «TOR-M1». Die bereits begonnene Auslieferung dieser Rüstungsgüter erstreckt sich über mehrere Jahre, wobei Russland resp. die russische Rüstungsindustrie technische Unterstützung bei der Einführung der Waffen- und Gerätesysteme leisten dürfte.

Hans Peter Gubler,
Redaktor ASMZ



Russisches Flab System S-300.

Bild: Mil photo